

TÜRKEI

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2020

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Mit den Kommunalwahlen in März 2019 musste die von der AKP («Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung») geführte Regierung in der Türkei die erste ernsthafte Niederlage seit 18 Jahren einstecken. Die AKP verlor die Bürgermeisterwahlen in den Kommunen der wichtigsten Großstädte wie Istanbul, Ankara, Izmir und andere große Städte an das oppositionelle Parteibündnis von CHP («Republikanische Volkspartei») und IYI («Gute Partei»). Zwar hat die Opposition insgesamt noch immer weniger Stimmen als das AKP-MHP-Bündnis (MHP: «Partei der Nationalistischen Bewegung») bekommen, aber der sehr knappe Wahlsieg in Istanbul veranlasste die Regierung, auf eine Wahlwiederholung hinzuwirken. Diese veranlasste Annullierung empfanden viele Istanbuler als Verrat an der Demokratie, woraufhin bei der wiederholten Wahl im Juni 2019 die Differenz auf ca. 10 Prozent anstieg und der CHP-IYI-Parteikandidat Ekrem İmamoğlu mit Unterstützung von der HDP («Demokratische Partei der Völker») die Stadt Istanbul mit einem deutlichen Unterschied erneut gewann. Der Sieg in Istanbul markiert einen wichtigen Schritt für İmamoğlu und die CHP, denn die Erfolgsgeschichte von Präsident Erdoğan wird immer auf seine Istanbuler Bürgermeisterschaft zurückgeführt. Erdoğan selbst betonte immer wieder: »Wer Istanbul gewinnt, gewinnt die Türkei«. Die Erwartungen an İmamoğlu sind hoch, er agiert bislang sehr umsichtig und führt eine aktive Politik mit einem integrativen Ansatz; das komplette Gegenteil von der spalterischen Politik der AKP-Regierung. Der ursprünglich von der MHP kommende neue Bürgermeister der Opposition in Ankara, Mansur Yavaş, hat das Amt von Melih Gökçek übernommen, der die Stadt seit 25 Jahren regierte und zuletzt sehr umstritten selbst in der eigenen Partei war. Mansur Yavaş verfolgt wie Ekrem İmamoğlu in Istanbul eine sozialdemokratische Kommunalpolitik.

Nach wie vor ist das Land innenpolitisch von ihrer Kurdenproblematik geprägt. Ein paar Monate nach den Kommunalwahlen wurden viele der HDP-Bürgermeister_innen, die vor

allem in den östlichen Provinzen der Türkei, die mehrheitlich von Kurden besiedelt sind, gewonnen hatten, wegen Verdachts der Terrorunterstützung ohne Gerichtsurteil erst von ihren Positionen enthoben und anschließend verhaftet. Die Entwicklung war absehbar, weil die Städte in den kurdischen Gebieten bereits vor den Wahlen seit Jahren nach ähnlichen Mustern durch die von der Regierung bestimmten Treuhänder regiert wurden und Erdoğan bei den Wahlen eine deutliche Warnung ausgesprochen hatte, dass Terrorunterstützer keine Bürgermeisterämter einnehmen dürften. Die CHP und IYI haben zwar dagegen ihre Kritik erhoben, aber erst als auch ein CHP-Bürgermeister in der Ägäischen Region von seiner Position mit der gleichen Methode abgesetzt wurde, nahm die kritische Haltung an Fahrt auf. Selahattin Demirtaş, der ehemalige Co-Vorsitzende der HDP, sitzt seit November 2016 in Untersuchungshaft, was zu weiterer Unzufriedenheit führt und Hoffnungen für eine Deeskalation der Lage in den Kurdengebieten und zu einem Friedensabkommen zunichtemachen. Nach einer Umfrage von Rawest ist Demirtaş immer noch der populärste Politiker, den die kurdische Jugend als Präsident der Türkei sehen will.

Nach dem gescheiterten Putschversuch von 2016, der maßgeblich der Gülen-Gemeinschaft zugeschrieben wird, entbrannte die Diskussion darüber, ob nicht auch die politischen Verbindungen aufgeklärt werden müssen. Die Diskussion wurde in diesem Jahr dadurch erneut belebt, dass der MHP-Vorsitzende Bahçeli seinen Bündnispartner dazu aufrief, die Justiz mit mehr Kompetenzen zur Aufklärung der politischen Verbindungen der Gülen-Gemeinschaft auszustatten.

Die Anfang Dezember 2019 verabschiedete Justizreform, der weitere Reformpakete folgen sollen, war von Justizminister Abdülhamit Gül mit der Absicht verbunden worden, einen Teil der Probleme im Hinblick auf die politischen Prozesse zu lösen. Mitte Oktober 2019 wurde das erste Justizreformpaket verabschiedet. Zu den Neubestimmungen gehört eine Festlegung für die maximale Dauer einer Untersuchungshaft. Für Delikte, die nicht in den Zuständigkeitsbereich eines Großen Strafgerichts fallen, sind es maximal sechs Monate, für die übrigen ist es ein Jahr. Für Staatsverbrechen wie Terroris-

mus und Spionage wird als Obergrenze eineinhalb Jahre vorgesehen.

Der frühere AKP-Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu hat im Dezember 2019 die Zukunftspartei (Gelecek Parti, GP) gegründet. Die Parteigründung des ebenfalls früheren AKP-Politikers Ali Babacan, der über Jahre und zuletzt als Vize-Premier für die Wirtschaftspolitik zuständig war, ist mehrfach verschoben worden. Doch es wird davon ausgegangen, dass diese unmittelbar bevorsteht. Davutoğlu hatte bereits zuvor erklärt, dass er für den Übergang zu einem parlamentarischen System stehe. In seiner Präsentationsrede der neuen Zukunftspartei am 13. Dezember untermauerte er dies mit einem klaren Bekenntnis zum Laizismus, der es zudem ermögliche, auch eine Lösung für die Forderungen von Aleviten und den religiösen Minderheiten zu finden. Eine andere für konservative türkische Parteien ungewöhnliche Position ist die Anerkennung des Rechts auf Unterricht in anderen Muttersprachen als Türkisch. Ohne dabei speziell auf den Kurden-Konflikt einzugehen, erklärte er, dass ein solches Recht nicht zur Spaltung führen, sondern die Einheit stärken werde.

Außenpolitisch schwimmt die Türkei immer noch nicht in ruhigen Gewässern. Die grenzenüberschreitende Militäraktion der Türkei in Idlib, Syrien hat die Türkei beinahe zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland gebracht. Nach dem umstrittenen S400-Waffendeal mit Russland und intensivierten Konflikte mit den USA hat die Türkei für ihr Selbstbewusstsein bei ihren Operationen in Syrien mit 36 Märtyrern bezahlen müssen, die durch eine Bombardierung russischer Flieger umgekommen sind. Mit einer Erklärung seitens Russlands wurde die Türkei gewarnt, dass die türkischen Soldaten an unerlaubten Fronten seien und die Bombardierung auf Dschihadisten gezielt sei. Die Libyen-Intervention der Türkei hat die außenpolitische Agenda ebenfalls eine Weile durcheinander gebracht. Mittlerweile entwickeln sich die Beziehungen der Türkei mit der EU nicht viel besser. Während die Beitritts Hilfen der EU an die Türkei zurückgeschraubt wurden, ist die Aktualisierung der Zollunion, an der beide Seiten Interessen haben, politisch blockiert.

Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage ist die Akzeptanz für die 3,5 Millionen syrischen Flüchtlinge in der türkischen Gesellschaft deutlich gesunken. Zwar hatte es bereits in der Vergangenheit hin und wieder offene Konflikte gegeben. Doch inzwischen wird die Flüchtlingspolitik verstärkt zu einem politischen Thema. Dabei dominiert meist die Vorstellung, dass die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge etwas Vorübergehendes ist. Doch selbst nach einem Ende des Bürgerkrieges ist angesichts der zerstörten Infrastruktur in den kommenden Jahren kaum mit einer größeren Rückwanderung zu rechnen. Die Regierung gibt an, dass bisher 330 000 Syrer zurückkehrten und verweist dazu auf die von der türkischen Armee kontrollierten Gebiete in Nord-Syrien.

Am 18. Februar 2020 wurden neun Angeklagte im Strafverfahren wegen der Gezi-Park-Proteste im Sommer 2013 überraschend freigesprochen. Bei den Gezi-Park-Protesten handelte es sich um die größte Protestbewegung der letzten Jahre, die sich an der gewaltsamen Niederschlagung eines

Protestes gegen die Umgestaltung des Taksim Platzes im Herzen Istanbuls entzündete. Drei Jahre nach den Protesten erhob die Staatsanwaltschaft Anklage mit dem Vorwurf des Versuchs eines gewaltsamen Staatsstreichs. Unter den Freigesprochenen befand sich auch Osman Kavala, der als einziger Angeklagter 2 Jahre und drei Monate in Untersuchungshaft verbrachte. Im Dezember 2019 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Untersuchungshaft als Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention bewertet und zugleich erklärt, dass das Gezi-Park-Verfahren der Einschüchterung der Zivilgesellschaft in der Türkei diene. Obgleich auch nach türkischem Recht ein solches Urteil bindend ist, weigerte sich das türkische Gericht, Kavala freizulassen. Zur Begründung verwies es darauf, dass der Rechtsweg noch nicht abgeschlossen sei und die Türkei Berufung einlegen könne. Schließlich kam das Gericht zu dem Schluss, dass keine ausreichenden Beweise vorlägen, die einen Schuldspruch rechtfertigen könnten. Kavala wurde bei seiner Freilassung noch am Gefängnistor erneut in Haft genommen. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen ihn ein weiteres Verfahren wegen Beteiligung an den Vorbereitungen zum missglückten Militärputsch am 15. Juli 2016 geführt. Aufgrund dieser Ermittlung hatte eine zweite Anordnung zur Untersuchungshaft bestanden, die jedoch im vergangenen Jahr aufgehoben wurde.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Nach der starken Abwertung der Türkischen Lira (TL) in 2018 schnellten Inflation und Arbeitslosigkeit in die Höhe. Mit der Stabilisierung der TL in 2019 ging auch die Inflation wieder zurück. Mit 11,9 Prozent im Dezember 2019 gehört die Türkei jedoch weiterhin zu den Ländern mit dem höchsten Inflationsniveau. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gestaltet sich noch unerfreulicher. Offiziell wird die Arbeitslosenquote im Oktober 2019 bei 13,4 Prozent und damit um 1,8 Prozentpunkte höher als im Vorjahresmonat angegeben. Kritiker merken jedoch an, dass selbst diese Zahlen des Statistikinstituts der Türkei (Türkiye İstatistik Kurumu, TÜİK) nicht schlüssig sind und darum von einer weit höheren Arbeitslosenquote auszugehen ist. Angesichts einer geringeren Erwerbsbeteiligung muss davon ausgegangen werden, dass viele, die eigentlich arbeiten wollen, die Suche aufgegeben haben. Dementsprechend wird die tatsächliche Arbeitslosigkeit auf mehr als 15 Prozent geschätzt.

Es wird davon ausgegangen, dass die Türkei ein Wirtschaftswachstum von mindestens fünf Prozent erreichen muss, um einen Rückgang der Arbeitslosigkeit hervorzubringen. Zwar setzt die Wirtschaftsführung für 2020 auf ein solches Wachstum, doch liegen die meisten Schätzungen eher zwischen 3–4 Prozent, so dass von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgegangen werden muss.

Zur Steigerung der Wirtschaftsaktivität setzt die Regierung zum einen auf Steuersenkungen und zum anderen auf eine Erhöhung des Kreditvolumens. Während staatliche Banken beispielsweise Wohnungskredite zu einem Zinssatz unterhalb des Inflationsniveaus anbieten, werden Privatbanken durch

unterschiedliche Zinssätze für die Pflichteinlagen bei der Zentralbank dazu angehalten, ihr Kreditvolumen um mehr als 10 Prozent zu erhöhen. Angesichts des hohen Anstiegs bei den in Verzug geratenen Krediten zeigt dies bisher jedoch nur begrenzte Wirkung. Hinzu kommen steigende Staatsausgaben und eine Zunahme der Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Verwunderlich ist dies nicht, denn die meisten Staaten neigen dazu, wirtschaftlicher Stagnation durch öffentliche Ausgaben zu begegnen.

Besonderen Anstoß, insbesondere bei liberalen Ökonomen, erregt die zunehmend interventionistische Wirtschaftspolitik. Es ist erkennbar, dass die Regierung versucht, eine erneute schnelle Abwertung der TL zu vermeiden, weil diese unmittelbar auf die Inflation wirkt. Sie setzt dazu unorthodoxe Methoden ein. Auf der einen Seite wird immer wieder über hohe Stützverkäufe durch staatliche türkische Banken berichtet, auf der anderen Seite schränkt die Regierung häufiger den SWAP-Handel türkischer Banken in London ein, um die TL zu verknappen. Hinzu kommen häufige Neuregulierungen für das Bankwesen. All dies macht die Investitionsbedingungen in der Türkei schlecht vorhersehbar.

Doch auch jenseits der liberalen Kritik wenden selbst die Befürworter einer stärker regulierten Wirtschaft ein, dass eine Rückkehr zu einer auf privaten Konsum und den Bausektor gestützten Wachstumspolitik nicht nachhaltig ist. Ziel politischer Eingriffe müsse vielmehr die Steigerung der Wertschöpfung sein.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das niedrige Organisationsniveau (etwa 13 Prozent) der türkischen Gewerkschaften liegt zum Teil an den restriktiven Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Gesetzgebung. Andererseits liegt es aber auch daran, dass die Arbeiter_innen die Funktionen und Aufgaben der Gewerkschaften nicht genügend kennen. Dies stellte die jüngste Studie der Forschungsabteilung des gewerkschaftlichen Dachverbandes DISK fest. Bei den meisten regierungsnahen Gewerkschaften treten die Mitglieder gleichzeitig mit ihrer Position im Betrieb in die Gewerkschaft ein. Die Beiträge werden gesetzlich automatisch von ihren Gehältern abgezogen. Eine hohe Anzahl von Arbeitnehmer_innen hat keinerlei Einfluss in Prozessen der Mitbestimmung.

Der zunehmende politische Druck auf die Meinungsfreiheit lässt wenig Raum für die Artikulation gewerkschaftlicher Positionen in den staatlich gelenkten Medien. Vor allem das staatliche Fernsehen mit seinen Nachrichten ist meinungsbildend für einen Großteil der Arbeiter_innen. Nicht zuletzt aus diesem Grund konnten die Gewerkschaften bei der Bestimmung des Mindestlohns ihre Positionen nicht durchsetzen. Der neue monatliche Mindestlohn für 2020 wurde am Ende des Vorjahres auf 2324 TL (rund 310 Euro) netto fixiert. Die Forderung von DISK lag bei 2800 TL.

Auf der Agenda der oppositionellen Gewerkschaften stehen Forderungen wie die Wahrung der Rechte der im Ausnahme-

zustand entlassenen Angestellten, die Freilassung verhafteter Gewerkschafter_innen, die Aufhebung der Streikverbote und der Verbote gegen öffentliche Presseerklärungen etc. Diese Forderungen wurden auch von Seiten der ILO auf ihrem Jahreskongress erhoben. Politische Forderungen der progressiven Gewerkschaftsverbände DISK und KESK wie die Einstellung des Kanalprojekts von Istanbul, die Einstellung der Gezi-ParkGerichtsverfahren, nicht ausgezahlte Pensionen sowie die Beendigung des Syrienkrieges fanden auch in diesem Jahr kein Gehör. Aber sie haben die Diskurse in der türkischen Zivilgesellschaft stark beeinflusst.

Auch im Jahr 2019 gab es zahlreiche Streikverbote. In der Metallbranche sind die dreijährigen Gruppentarifverträge dagegen aus der Sicht der Arbeitnehmer_innen relativ erfolgreich abgeschlossen worden. Dabei spielten die Massenproteste der Metallarbeiter_innen in 2017 eine große Rolle, bei denen damals die Metallarbeitergewerkschaft die Forderungen ihrer Mitglieder nicht ausreichend vertreten konnte.

Im Jahr 2019 hat die ISIG, eine Initiative gebildet aus NGOs und Gewerkschaften 1736 tödliche Arbeitsunfälle registriert. Die staatliche Statistik reflektiert dagegen nur eine wesentlich kleinere Opferzahl und wurde von den progressiven Akteuren als nicht glaubwürdig bewertet. Als Sektoren mit den höchsten tödlichen Unfällen werden in 2019 die Landwirtschaft, das Baugewerbe und der Transport angesehen.

Zu dem problematischen Thema Arbeitsbedingungen der Flüchtlinge haben sich alle türkischen Gewerkschaften nach wie vor noch nicht hinreichend aktiv eingebracht. Auch die sozialdemokratische Oppositionspartei CHP, die traditionell eine bessere Beziehung zu den Gewerkschaften hat, betont in ihrer Flüchtlingspolitik weiterhin vor allem das Thema von Rückkehrmöglichkeiten in die Heimatländer.

GEWERKSCHAFTEN IN DER TÜRKEI – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaften in der Türkei beginnt Anfang der 50er Jahre. Die juristischen Grundlagen für die Gründung einer Gewerkschaft wurden 1947 gelegt. Fünf Jahre später gründete sich die TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften) als erster Gewerkschaftsbund. Das dafür zugrunde gelegte Gesetz sah jedoch weder ein Recht auf Tarifverhandlungen noch ein Streikrecht vor. Die Position des Dachverbandes sollte über der Parteipolitik stehen und war eher regierungsfreundlich.

Drei Jahre nach dem Militärputsch von 1960 wurden die Gewerkschaftsgesetze Nr. 274 und 275 über Tarifverhandlungen, Streiks und Aussperrungen verabschiedet. Darin wurde das Recht auf Streiks und Tarifverhandlungen anerkannt, wodurch die Gewerkschaften in den 1960er und 70er Jahren gewachsen sind.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In der Türkei gibt es eine strikte Unterscheidung zwischen »Arbeitern« und »Beamten«. Beide Kategorien arbeiten auf der Grundlage unterschiedlicher Gesetze (Nr. 4857 und Nr.657) und können sich gemäß unterschiedlicher Gesetze (Nr. 6356 und Nr. 4688) auch nur entweder in »Arbeitergewerkschaften« oder in »Beamtengewerkschaften« organisieren. Der größte Unterschied im Arbeitsrecht zwischen Arbeiter_innen und Beamt_innen ist die größere Beschäftigungssicherheit für Letztere, die jedoch mit einem Streikverbot einhergeht.

Die TÜRK-İŞ ist weiterhin der größte Gewerkschaftsbund der Türkei, obwohl ihr Anteil von 71 Prozent auf 53 Prozent zurückging.

Die Konföderation der Revolutionären Gewerkschaften (DİSK) wurde 1967 nach einem Streik in einer Glasfabrik gegründet, der zur Spaltung innerhalb des TÜRK-İŞ geführt hatte. Die DİSK steht der »klassenorientierten Gewerkschaftstradition« nahe und verortet sich klar im linken Lager. Nach dem Militärputsch von 1980 hat DİSK einen großen Teil seiner Mitglieder an TÜRK-İŞ verloren, da sie bis 1991 verboten war. Die beiden Mitgliedsgewerkschaften *Genel-İş* und *Birleşik Metal-İş* machen über 71 Prozent der Gesamtmitgliederzahl aus. Nur sieben der 21 Mitgliedsgewerkschaften sind autorisiert zum Abschluss von Tarifverträgen.

1976 wurde die Konföderation der »wahren« Arbeitergewerkschaften HAK-İŞ gegründet, die für einen nicht-konfrontativen Kurs und einvernehmliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht. Im Vergleich zu DİSK konnte die HAK-İŞ ein Jahr nach dem Putsch, also bereits 1981, ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Führung von HAK-İŞ favori-

siert gewerkschaftliche Arbeit, die auf sozialem Dialog basiert und sie ist stolz, dass in jüngerer Zeit das Konzept weitgehende Akzeptanz in der Arbeiterbewegung findet. Durch die »ideologische« Nähe zu der Regierungspartei AKP kann man ihr rapides Wachstum insbesondere ab 2010 erklären.

In den 1980er Jahren gab es zwar immer noch keinen geeigneten rechtlichen Rahmen für gewerkschaftliche Aktivitäten der Staatsbediensteten, aber mit Berufung auf maßgebliche internationale Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit forderte man das demokratische Recht auf Gründung von Gewerkschaften ein. Den Anfang machten dabei in den frühen 90er Jahren die Lehrer_innen und die Angestellten der Kommunen. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung wurde ein Rat zur Gründung eines Dachverbandes der Beamtengewerkschaften eingesetzt, der in einer Reihe landesweiter Demonstrationen, Märschen, Hungerstreiks und Arbeitsniederlegungen für das Recht auf Vereinigung und Tarifverhandlungen kämpfte. 1995 trugen diese Anstrengungen Früchte mit einer Verfassungsänderung, die Staatsbediensteten das Recht auf Vereinigung gewährte.

In den 1990er Jahren entstanden dann die drei gegenwärtig größten gewerkschaftlichen Dachverbände der öffentlich Bediensteten: Türkiye KAMU-SEN (1992), KESK (1995) und MEMUR-SEN (1995). Die Beamtengewerkschaften teilen sich ebenfalls entlang ideologischer Fronten. Türkiye Kamu-Sen steht der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) nahe, KESK ist links und Memur-Sen steht der AKP nahe. Derzeit gibt es laut offiziellen Angaben von 2018 ca. 3,1 Mio. Beamt_innen in der Türkei.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) lehnte 2006 und 2011 zwei Mal den Antrag von Memur-Sen auf Mitgliedschaft ab, weil die Unabhängigkeit von Memur-Sen als Gewerkschaft

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Türkei

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu, TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften)	Ergün Atalay	1018092	EGB, IGB
Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu, HAK- İŞ (Konföderation der »wahren« Arbeitergewerkschaften)	Mahmut Arslan	666303	EGB, IGB
Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu, DİSK (Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaft)	Arzu Çerkezoğlu	184852	EGB, IGB
Memur Sendikaları Konfederasyonu, MEMUR-SEN (Konföderation der Beamtengewerkschaften)	Ali Yalçın	1019853	
Türkiye Kamu Çalışanları Sendikaları Konfederasyonu, KAMU-SEN (Konföderation der Öffentliche Arbeitergewerkschaften der Türkei)	Önder Kahveci	413339	
Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu, KESK (Konföderation der Gewerkschaften der öffentlichen Arbeitnehmer)	Mehmet Bozgeyik/ Aysun Gezen (Co-Vorsitzende)	137606	EGB, IGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Türkei

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hizmet-İş Sendikası, Hizmet-İş (Dienstleistungsgewerkschaft)	Hak-İş	Mahmut Arslan	302 911	PSI, EPSU
Türk Metal Sendikası, Türk Metal (Türkische Metallgewerkschaft)	Türk-İş	Pevrul Kavlak	199 033	IndustriAll, IndustriAll Europe
Türkiye Genel Hizmetler İşçileri Sendikası, Genel-İş (Türkische Gewerkschaft der allgemeinen Dienstleistungsarbeiter)	DİSK	Remzi Çalışkan	101 374	PSI, EPSU
Türkiye Belediyeler ve Genel Hizmetler İşçileri Sendikası, Genel-İş (Türkische Gewerkschaft der kommunalen und allgemeinen Dienstleistungsarbeiter)	Türk-İş	Nihat Yurdakul	103 747	PSI, EPSU, IndustriAll, IndustriAll Europe
Türkiye Ticaret, Kooperatif, Eğitim, Büro ve Güzel Sanatlar İşçileri Sendikası, Tez-Koop-İş (Gewerkschaft für Handel, Genossenschaft, Bildung, Büro und bildende Künste der Türkei)	Türk-İş	Haydar Özdemiroğlu	74 584	UNI, UNI Europa

als zweifelhaft angesehen wird. Während des Ausnahmezustandes von Juli 2016 bis Juli 2018 wurden knapp 126 000 Beamt_innen entlassen. Ein Bericht der KESK von 2017 stellt fest, dass 67 Prozent der entlassenen Beamt_innen Gewerkschaftsmitglieder waren. Die oppositionelle und regierungskritische KESK litt seit 2012 unter Verhaftungen und Gerichtsverhandlungen. 2012 wurden 72 KESK-Mitglieder und Funktionäre mit der Anschuldigung, Kontakt zur PKK zu haben, verhaftet. Ein Jahr später wurden sie alle entlassen, doch das Verfahren dauerte bis 2017 an. Nach einem KESK-Bericht wurden während des Ausnahmezustandes 66 KESK-Mitglieder und Funktionäre verhaftet, 4 218 haben ihre Arbeit verloren.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Während der Militärdiktatur zwischen 1980 und 1983 wurden zwei sehr einschränkende Gewerkschafts- und Tarifvertragsgesetze erlassen, die ab 1983 in Kraft traten. Durch dieses Gesetz wurde es viel schwieriger, Gewerkschaftsorganisationen in neuen Unternehmen aufzubauen, wodurch auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften ständig fiel. Erst durch den Druck der Gewerkschaften, der EU und der ILO kam es zu einer Debatte über ein neues Gewerkschaftsgesetz.

Das neue Tarifvertragsgesetz von 2012 beinhaltet einige Fortschritte wie beispielsweise bei der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen sowie internen Funktionen von Gewerkschaften. Jedoch blieben viele Einschränkungen des früheren Gesetzes wie zum Streikrecht erhalten. Durch dieses Gesetz ist die Bevollmächtigung zu Tarifverhandlungen für neu organisierte Gewerkschaften nach wie vor schwierig. Weiterhin benötigt man für die Vollmacht zu Tarifverhandlungen eine Mindestmitgliedschaft von 50 Prozent der Beleg-

schaft bei einem Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten wurde es auf 40 Prozent gesenkt. Nicht nur die einzelnen Hürden wie die Autorisierung zu Tarifverhandlungen sind problematisch, sondern der ganze Mechanismus selbst. Auch wenn eine Gewerkschaft beide Hürden überwindet, beim Ministerium die Autorisierung beantragt und diese dann auch erhält, kann der Arbeitgeber dagegen klagen. Gewerkschaften sind nicht berechtigt zu Tarifverhandlungen bevor das Gericht entscheidet, was durchaus ca. zwei Jahre dauern kann.

Beamt_innen erhielten durch die Änderungen des Gesetzes zu staatlichen Arbeitgebervereinigungen und Tarifverträgen Nr. 4688 erstmals das Recht auf Kollektivverhandlungen. Seitdem wurde alle zwei Jahre ein Tarifvertrag unterzeichnet. Die Verhandlungen sind auf einen Monat begrenzt und das Streikverbot für Beamt_innen besteht fort. Wenn sich beide Seiten während der Verhandlungen nicht einigen können, fällt eine spezielle Schiedsstelle die Entscheidung. Die Regierung bestimmt die meisten Mitglieder dieser Schiedsstelle.

Nach dem Militärputschversuch vom Juni 2016 wurde das Streikrecht weiter eingeschränkt. Auf Druck der Opposition hob das Verfassungsgericht 2014 das generelle Streikverbot im öffentlichen Nahverkehr und dem Bankwesen auf. Doch dieses wurde durch eine Ausnahmezustandsverordnung im November 2016 wieder einkassiert. Dementsprechend kann die Regierung Streiks beim öffentlichen Nahverkehr und Bankwesen verbieten, wenn sie eine »Gefährdung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität« darstellen.

Seit Anfang 2017 hat die Regierung sieben Streiks von 150 000 Beschäftigten verboten. Aufgrund der steigenden Zahl von Streikverboten und der Inhaftierung von Gewerkschaftsfunkti-

Tabelle 3
Verbotene Streiks der letzten 15 Jahre (2003–2019)

Jahr	Unternehmen	Teilnehmerzahl	Gewerkschaft
2003	Petlas	350	Petrol-İş
2003	Şişecam	5000	Kristal-İş
2004	Şişecam	5000	Kristal-İş
2004	Pirelli, Goodyear, Bridgestone	5000	Lastik-İş
2005	Erdemir Mining	400	T.Maden-İş
2014	Şişecam	5800	Kristal-İş
2014	Çayırhan and Çollolar Coal Mines	1500	T. Maden-İş
2015	Turk Employers Association of Metal	15000	Birleşik Metal-İş
2017	Asil Steel	600	Birleşik Metal İş
2017	Employers of Electromechanical Metal	2200	Birleşik Metal İş
2017	Akbank	14000	Banksis
2017	Şişecam	6500	Kristal-İş
2017	Mefar Pharmaceuticals	500	Petrol-İş
2018	Turkish Employers Association of Metal industries (MESS)	130000	Türk Metal, Birleşik Metal ve çelik-İş
2018	Soda Sanayi A.Ş.	540	Petrol-İş
2019	İzban	343	Demiryol İş
Gesamt		192733	

onären wurde die Türkei 2018 vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) als eines der zehn Länder mit den schlechtesten Bedingungen für Beschäftigte bezeichnet. Die Repressionen trafen nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle progressiven und demokratischen Kräfte des Landes.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften in der Türkei haben zwei unterschiedliche Gesetzesrahmen: einen für den privaten Sektor und einen für den öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften agieren in diesem Kontext je nach ihrer ideologischen Überzeugung. Die Türkei hat keinen Einzeldachverband und die Zersplitterungen schwächen die Gewerkschaften sowohl auf Branchen- als auch auf Betriebsebene. Sie erreichen es kaum, die gesetzlichen Hürden zu überwinden, um tariffähig zu sein.

In der Türkei ist es gesetzlich nicht möglich, Betriebsgewerkschaften oder Berufsgewerkschaften zu gründen. Der Staat bestimmt 20 Branchen und jede_r Arbeitnehmer_in im privaten Sektor ist zu einer dieser Kategorien zugeordnet. Arbeitnehmer_innen dürfen nicht bei den Gewerkschaften aus anderen Branchen Mitglied werden. Die Mitgliedschaften sind im Kontrast zu den Datenschutzprinzipien nur durch ein Online-System über den Staat zu registrieren.

Weil es in der Türkei keine gesetzlichen Betriebsräte gibt, bereiten die Gewerkschaften die Tarifverträge sehr umfangreich vor und die Verhandlungen können lange dauern. In den Fällen, bei denen die Arbeitgeber einen Verband gründen und zusammen agieren, können die Gewerkschaften Gruppenverträge verhandeln und – wenn es dazu kommt – Gruppenstreiks organisieren. In den meisten Fällen reichen die Kapazitäten der Gewerkschaften nicht aus, um die Arbeitnehmer_innen aus kleinen Betrieben zu organisieren. In der Türkei haben rund 60 Prozent aller Betriebe eine Belegschaft von weniger als 50 Personen.

Die unabhängigen und eher links verorteten Gewerkschaften in der Türkei äußern sich öfter zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen. Sie spielen fast immer eine Rolle bei politischen Massenbewegungen wie z. B. den Demonstrationen am 1. Mai, Friedensbewegungen oder den Gezi-Protesten. Die regierungsnahen Türk-İş mit der größten Zahl von Mitgliedern im privaten Sektor, die eher im Mainstream agiert, engagiert sich eher unpolitisch und besonders bei den Privatisierungen öffentlicher Unternehmen.

Offiziell sind alle Gewerkschaften Mitglied des staatlichen »Sozial- und Wirtschaftlichen Rates«. Dieser ist aber erst wenige Male zusammengetreten und bleibt ein ineffizienter Mechanismus des sozialen Dialogs.

Die internationale Arbeit der türkischen Gewerkschaften geschieht meistens über ihre Dachverbände. Es existiert eine Zusammenarbeit mit der ILO, EU-Institutionen oder seltener eine branchenspezifische internationale Zusammenarbeit. Trainingsmaßnahmen und Weiterbildungen für die Mitglieder sind die Aufgaben der Branchengewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Zwischen Januar 2013 und Juli 2020 stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von knapp 1 Mio. auf 1,9 Mio. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil organisierter Beschäftigter an der Gesamtbeschäftigung von 9,2 Prozent auf 13,8 Prozent. Der Organisationsgrad im Privatsektor stagniert allerdings. Der Anstieg der Mitgliederzahlen änderte auch die Gewerkschaftslandschaft. Der Anteil von HAK-İş stieg von 16,6 Prozent auf 34,7 Prozent und im Gegensatz dazu fiel der Anteil von Türk-İş von 70,8 Prozent auf 53,1 Prozent und von DİSK von 10 Prozent auf 9,6 Prozent. Zusammen mit den gewerkschaftlich organisierten 1,7 Mio. Beamt_innen sind knapp 3,5 Mio. Menschen Mitglied in einer Gewerkschaft bei einer Gesamtbeschäftigung von 20 Mio. Menschen. Trotz aller Hindernisse zeigt sich hier das Potenzial und die Machtressource der Gewerkschaften. Es gibt einige Beispiele, bei denen die Arbeiter_innen und Gewerkschaften Druck auf die Regierung ausgeübt und sie zu einer umfangreichen De-Privatisierung gezwungen haben, die nahezu eine Million Beschäftigte bei öffentlichen Arbeitgebern betraf.

Wenn wir aber allgemein den politischen Einfluss der Gewerkschaften nach dem Grad der Veränderungen von Regierungsverhalten bemessen, stellen wir fest, dass ihr Einfluss in den 1990er Jahren stärker war. Im Zeitraum von 1989–1995 reagierten die Gewerkschaften auf die gewerkschaftsfeindliche Politik und Konjunkturprogramme der Regierung mit Großdemonstrationen, Märschen und Streiks. Weiterhin gehören die DİSK, KESK und zum Teil die Türk-İş zu den oppositionellen Kräften in der Türkei. HAK-İş sowie die beiden Beamtengewerkschaften Memur-Sen und Kamu-Sen sind auf »Regierungslinie«.

Innergewerkschaftliche Rivalitäten sind stark ausgeprägt und zwar nicht nur zwischen Mitgliedsorganisationen verschiedener Gewerkschaftsbünde, sondern auch innerhalb desselben Dachverbandes. Sehr unwahrscheinlich ist daher auch eine Fusion der Gewerkschaften derselben Branche angesichts tief verwurzelter Differenzen zwischen den Gewerkschaftsbünden.

Dr. Felix Schmidt, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei, Istanbul

Cihan Hüroğlu, Projektkoordinator Gewerkschaften, Friedrich-Ebert-Stiftung Türkei, Istanbul

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.